



vorwärts!

Wir in Schleswig-Holstein

»Es muss jetzt Klarheit her!«

Die Ankündigung einer vorgezogenen Bundestagswahl noch in diesem Jahr hat viele überrascht. Ernst Dieter Rossmann, Vorsitzender der Landesgruppe im Bundestag, nimmt in unserem Interview Stellung.

Er fordert, die Wahl als Chance zu sehen.

Wir in Schleswig-Holstein: Das Wahlergebnis von Nordrhein-Westfalen ist für die SPD eine bittere Niederlage und eine große Enttäuschung. Die überraschende Ankündigung von Neuwahlen war für viele Genossinnen und Genossen zusätzlich ein Schock. Weshalb sind Neuwahlen nötig?

Ernst Dieter Rossmann: Es muss jetzt Klarheit her, dass Deutschland nicht von

den CDU-Neinsagern im Bundesrat regiert werden darf. Neuwahlen sind der demokratische Weg, der das Volk in die Pflicht nimmt und ihm die Entscheidung zwischen klaren Alternativen gibt. Mit einem Wahlsieg für SPD und Bündnis 90/Die Grünen wird dann auch dem letzten CDU-Ministerpräsidenten klar, dass die CDU-Betonpolitik im Bundesrat nicht gewollt

wird. Vier weitere Jahre Blockade-Politik wird die CDU dann nicht durchhalten.

Zum Stichwort Schock: Ich sehe in der Partei, ganz im Gegenteil, die Bereitschaft und die Kraft anwachsen, einen Durchmarsch der CDU nicht so einfach hin zu nehmen, sondern für die Verteidigung der Regierungsmacht und für neue Perspektiven für die SPD selbst aktiv zu werden.



Dr. Ernst Dieter Rossmann, Vorsitzender der Landesgruppe der schleswig-holsteinischen SPD-Bundestagsabgeordneten.

Im Eilschritt zur Wahl

Alle Terminpläne für die Vorbereitung der Bundestagswahl mussten nach dem

22. Mai neu geschrieben werden. Der SPD-Landesverband hat unverzüglich alle Ortsvereine aufgefordert, Delegierte für Wahlkreis-konferenzen und Kreisdelegiertenkonferenzen zu wählen. Diese müssen in einen schmalen Zeitfenster nach dem 18. Juni stattfinden.

Die Landeswahlkonferenz wird unmittelbar nach den Sommerferien am 11. August stattfinden. Der für den 17. September geplante Landesparteitag entfällt. ■

Worum wird es bei der Bundestagswahl gehen?

Wollen die Menschen in Deutschland die langfristig angelegte Reformpolitik von SPD und Bündnis 90/Die Grünen für eine ökonomische, soziale und ökologische Erneuerung, für starke Arbeitnehmerrechte, für gleiche Bildungschancen und für Innovationen? Oder wollen sie die Alternative von CDU/FDP mit ungebremster Sozialkürzung, dem radikalen Abbau von Arbeitnehmer- und Bildungsrechten und der Privatisierung des Staates und der öffentlichen Güter?

Soll die Republik wirklich vollkommen schwarz werden? Oder gibt es eine Mehrheit für eine Alternative zu einem totalen CDU-Staat?

Wollen die Menschen Gerhard Schröder oder wollen sie wirklich Angela Merkel in der Kanzlerschaft? Sind die Bereitschaft der CDU zum Irak-Krieg und Merkels Unterwürfigkeit gegenüber Bush schon vergessen? Wir können dagegen Gerhard Schröders klaren Kurs und unsere Überzeugung von Deutschlands Aufgabe als Friedensmacht setzen.

brochen werden. Eine Bundestagswahl ist schließlich keine Denkkettelwahl, wie wir sie leider auf Kommunal- und Landesebene erleben mussten.

Wir müssen Merkel und Westerwelle deshalb stellen bei Ihren Plänen, pro Atome-nergie, für die Privatisierung der Krankenversicherung, für die Steuergeschenke an die Höchstverdiener.

Gleichzeitig können wir werben für unser solidarisches Konzept der Bürger-versicherung, mehr Steuer-gerechtigkeit nach unserem Schleswig-Holstein-Konzept, unsere Bildungs- und For-schungs-offensive. Ich bin auch für eine selbstkritische Überprüfung von Teilen der Hartz-Reform, etwa für ältere Arbeitnehmer.

Kritische Weiterentwicklung der eigenen Politik und selbstbewusstes Eintreten für neue Perspektiven stärken uns und schaffen Vertrauen. Deshalb gilt: Wir müssen alle zusammen jetzt den Blick nach vorne richten und kämpfen. ■

Außerordentlicher Landesparteitag und Landeswahlkonferenz

11. August, 18 Uhr
Casino der
Stadtwerke Kiel
Uhlenkrog 32
24113 Kiel.



Termine zur Wahlvorbereitung

Termine bis Redaktionsschluss:

20. Juni, 18 Uhr

Wahlkreis-konferenz Segeberg/
Stormarn-Nord (WK 008), Bad
Segeberg, Schützenhof

20. Juni, 20 Uhr

Kreisdelegiertenkonferenz Sege-
berg, Bad Segeberg, Schützenhof

20. Juni, 19 Uhr

Wahlkreis-konferenz Lübeck
(WK 011), Lübeck, Hotel Scandic.

21. Juni, 18.30 Uhr

Wahlkreismitgliederversammlung
Kiel (WK 005), Kiel, Haus des Sports

21. Juni, 19 Uhr

Wahlkreis-konferenz Steinburg/Dith-
marschen-Nord (WK 003), Wilster,
Colosseum.

21. Juni, 19 Uhr

Wahlkreis-konferenz Pinneberg
(WK 007) und Kreisdelegiertenkon-
ferenz Pinneberg, Elmshorn, Sport
Planet.

21. Juni, 19 Uhr

Wahlkreis-konferenz Ostholstein (WK
009), Neustadt, Festsaal Psychiatrium

22. Juni, 18.30 Uhr

Wahlkreis-konferenz Rendsburg-

Eckernförde (WK 004), Schacht-Au-
dorf, Audorfer Hof

22. Juni, 19 Uhr

Kreisdelegiertenkonferenz Plön und
Kreisdelegiertenkonferenz Neu-
münster, Dersau, Appels Gasthof

22. Juni, 19.30 Uhr

Wahlkreis-konferenz Plön/Neumün-
ster (WK 006), Dersau, Appels
Gasthof

22. Juni, 19.30 Uhr

Wahlkreis-konferenz Flensburg/
Schleswig (WK 001), Tarp, Bahn-
hofshotel.

Bei den letzten Wahlen hatten wir Probleme, unser Wählerpotential zu mobilisieren. Wie kommen wir zu besseren Ergebnissen?

Es hat in Deutschland viel zu lange ein Klima von Protesthaltung, Wahlverweigerung, Desinteresse in der Wählerschaft und von Blockade, Zermürbung und Beliebigkeit bei CDU/CSU/FDP gegeben. Diese unheilvolle Allianz kann jetzt durch eine klare Alternative aufge-



Lübecks Bürgermeister Bernd Saxe zieht eine positive Bilanz.

In der Hansestadt Lübeck stellt sich Amtsinhaber Bernd Saxe zur Wiederwahl. 1999 hatte er die erste Direktwahl des Stadtoberhauptes an der Trave gewonnen.

Straßenwahlkampf in Lübeck

Im Blick auf seine erste Amtszeit zieht er eine positive Bilanz: „Bürgermeister und Fraktion haben gemeinsam erfolgreiche Projekte auf den Weg gebracht.“ Flughafen, Einzelhandel und

Kluge Köpfe für die Rathäuser

Am 4. September finden wieder Direktwahlen für Bürgermeisterposten statt. In Lübeck, Geesthacht und Schenefeld rechnen sich die Kandidatin und die Kandidaten gute Chancen aus.

Kultur waren bestimmen Themen.

Der Wahlkampf wird diesmal im Sommer stattfinden, statt im feuchtkalten Herbst. Für den Wahlkämpfer eine Erleichterung, denn



Stefan Krappa will das Rathaus von Geesthacht erobern.

der Straßenwahlkampf wird im Mittelpunkt stehen.

Inhaltlich stehen Wirtschaft und Arbeit, Finanzen, sowie Kinderbetreuung und Ganztagschule auf der Tagesordnung in der zweitgrößten Stadt des Landes. Besonders in den Hochburgen und den klassischen Arbeiterstadteilen wird Bernd Saxe Flage zeigen. Denn dort wird die Wahl entschieden.

Herausforderer in Geesthacht

In Geesthacht, Kreis Herzogtum Lauenburg, geht Stefan Krappa als Herausforderer ins Rennen. Der Diplom-Politologe und Fraktionsgeschäftsführer arbeitet in Altona. Nach Feierabend



Christiane Küchenhof will viele Hausbesuche machen.

macht er Wahlkampf an der Oberelbe. In der 30000-Einwohner-Stadt setzt er vor allem auf Hausbesuche und Kontakte zu Vereinen und Verbänden. Viele Anregungen hat er von den SGK-Experten und Trainern Thies

Thiessen und Achim Möller bekommen.

Schenefeld: Fit für das Rathaus

Mit vollem Einsatz steuert Christiane Küchenhof den Spitzenposten in Schenefeld an. Sie bringt nicht nur die Qualifikation als Verwaltungsfachwirtin mit, sondern auch langjährige Erfahrung als ehrenamtliche Kommunalpolitikerin. Als gebürtige Schenefelderin ist sie in ihrer Stadt fest verwurzelt.

Konsequent hat sie nach ihrer Nominierung alle politischen Ämter niedergelegt und damit ein Zeichen gesetzt. „Ich bewerbe mich als Bürgermeisterin aller Schenefelderinnen und Schenefelder“, so die angehende Verwaltungs-Chefin.

Für Christiane Küchenhof beginnt jetzt der Wahlkampf-Marathon. Alle Haushalte der Stadt will sie besuchen. Sie ist gut trainiert – im Schenefelder Sportverein Blau-Weiß 96. ■

Grenzen überwinden!

Funktional- und Gebietsreform werden in einigen Landesteilen schon heiß diskutiert. Innenminister Dr. Ralf Stegner skizziert in diesem Beitrag, wie eine vernünftige Entwicklung in Gang kommen kann.

In Deutschland wird zu wenig für die Bildung und für die Förderung von Familien mit Kindern ausgegeben. Wir sind nicht gewappnet, für die Umbrüche, die sich aus der demografischen Entwicklung ergeben. Dieser Analyse widerspricht kaum jemand, der Streit um Verantwortlichkeiten,



Innenminister Ralf Stegner.

Zuständigkeiten und um die Finanzierung ist trotzdem so groß, dass sich an der beschriebene Problematik kaum etwas ändert.

Vernünftige Strukturen

Durch vernünftigere Strukturen könnten wir Mittel freischaufeln, Veränderungen beschleunigen und die Mitbestimmungsmöglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger stärken. Es gibt so vieles, bei dem wir von bundespolitischen Großwetterlagen, EU-Gesetzen oder weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen abhängig sind – für die Verwaltungsstrukturen Schleswig-Holsteins tragen wir selber die Verantwortung. Damit haben wir einen enormen Gestaltungsspielraum, entscheiden doch die Strukturen über unsere Zukunftsfähigkeit.

Die Gründe hierfür liegen auf der Hand.

Erstens: Die Wirtschaft in Schleswig-Holstein – ob Telekommunikation oder Landwirtschaft, ob Dienstleistung oder Produzieren des Gewerbe – ist auf opti-

male Rahmenbedingungen angewiesen, wenn sie erfolgreich arbeiten und nicht nur Arbeitsplätze erhalten, sondern auch neue schaffen will.

Zweitens: Alle öffentlichen Leistungen werden von denselben Bürgerinnen und Bürgern finanziert. Mit parteitaktischer Kleinkrieg, kleinkariertem Zuständigkeitschickhack und dem Verteidigen alter Pfründe verspielen wir Chancen, verschwenden Ressourcen und bleiben weit unter unseren Möglichkeiten.

Bürgernahe Verwaltung

Verwaltung ist kein Selbstzweck. Wir sind es den Bürgerinnen und Bürgern schuldig, so professionell, wirtschaftlich und bürgernah wie möglich zu arbeiten. Wir brauchen eine leistungsfähigere Verwaltung, die die Bedürfnisse der Bürgerinnen und Bürger ebenso wie der Wirtschaft erkennt und zum Ausgleich bringt, eine Verwaltung, die unter anderem die Voraussetzun-

gen für eine erfolgreiche Arbeitsmarktpolitik schafft. Hierzu benötigen wir vor allem Strukturen, die Prozesse beschleunigen und Kosten senken. Wir müssen die sich bietenden Einsparpotentiale – etwa durch E-Government – nutzen! Nur so können wir auf Dauer im inzwischen europaweiten Wettbewerb der Regionen bestehen und dem

demographischen Wandel begegnen.

Alle Akteure – Gemeinden, Kreise, Landtag und Landesregierung – müssen lernen, dafür an einem Strang zu ziehen. Wir müssen die Strukturen so verändern, dass sie zukunftsfähig sind und flexibel auf Veränderungen reagieren können. Die Reformen dürfen weder zu Lasten der Kommunen noch zu Lasten des Landes führen. Niemand darf hinten runter fallen.

Ich werde schon bald Gespräche mit den Kreisen und kreisfreien Städten führen. Ich bin überzeugt, dass Lösungen möglich sind, die alle Beteiligten mittragen können. Eine große Koalition darf hier nicht scheitern. Die zunehmende Finanznot der öffentlichen Kassen verschärft diesen Druck – und das schwarze-Peter-Spiel verbietet sich schon wegen des Namens des neuen Ministerpräsidenten von selbst.

Nur wenn Grenzen – sowohl zwischen den Kreisen als auch zwischen Hamburg und Schleswig-Holstein – nicht mehr dazu führen, dass die Bedürfnisse der Bürgerinnen und Bürger und der Unternehmen sub-

optimal erfüllt werden, wenn sie nicht mehr dazu führen, dass Geld verschwendet wird, können sie bleiben. Die Reform der Strukturen ist für mich ein Garant für die Eigenständigkeit Schleswig-Holsteins. Die Reform hat daher für die Landesregierung und für mich zentrale Bedeutung. ■



Stark in sozialer Gerechtigkeit

Beschluss des SPD-Landesvorstands vom 28. Mai 2005:

Nach der Wahlniederlage der SPD in Nordrhein-Westfalen ist der Schritt zu vorgezogenen Neuwahlen im Bund richtig. Deutschland braucht jetzt Klarheit. Wir stellen uns der Wahl, weil wir der Überzeugung sind, dass nur wir Sozialdemokraten soziale Marktwirtschaft, soziale Sicherheit und sozialen Frieden auf Dauer gewährleisten. Wir unterstützen Bundeskanzler Gerhard Schröder und die begonnenen Reformen der Agenda 2010 und wollen dieses Programm im Wahlmanifest der SPD erweitern und ergänzen um die auf dem Bundesparteitag in Bochum 2003 gefassten Beschlüsse. Denn unsere Grundüberzeugung ist es, dass starke Schultern für die Sicherung der Zukunftsfähigkeit des Landes mehr tragen müssen als die schwachen. Auf dieser Basis werden wir einen kraftvollen „roten“ Bundestagswahlkampf führen. Unser Wahlziel ist es, stärkste politische Kraft bei der Bundestagswahl in Schleswig-Holstein zu bleiben. Wir können das – wir sind stark im Norden!

Zum Profil der SPD als Partei der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gehört für uns folgender „Roter Faden der sozialen Gerechtigkeit“. Wir fordern für das Wahlmanifest der SPD:

- Eine aktive und offensive Beschäftigungspolitik – mit einem Zukunftsinvestitionsprogramm für Bildung und Infrastruktur.

- Ein einfaches, in sich geschlossenes und sozial gerechtes Steuersystem auf der Grundlage des schleswig-holsteinischen Steuerkonzepts. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit kleinen und mittleren Einkommen sollen steuerlich entlastet werden.

- Entwicklungsperspektiven für die sozialen Sicherungssysteme. Dazu gehört die Bürgerversicherung für Gesundheit, erweitert um die Pflege. Zur langfristigen Absicherung der Sozialsysteme ist eine stärkere Steuerfinanzierung notwendig.

- Eine Bildungsoffensive für mehr Bildungsgerechtigkeit und Investitionen: Schleswig-Holstein hat hier wichtige Impulse gegeben. Die Gemeinschaftsschule ist die richtige Antwort auf die PISA-Misere. Wir wollen noch mehr in Forschung und Entwicklung investieren. Dies sind die Schlüsselbereiche für langfristiges Wachstum und mehr Beschäftigung.

- Im Arbeitsrecht darf es zu keinen Aufweichungen bei der Tarifautonomie und dem Kündigungsschutz kommen. In der Arbeitsmarktpolitik sind rasche Konsequenzen aus dem Monitoring-Bericht zu Hartz IV zu ziehen. Insbesondere sollen für ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer längere Bezugszeiten beim Arbeitslosengeld unter Berücksichtigung der Dauer der Beschäftigungszeit gelten.

- Wir halten fest am Atomausstieg und lehnen eine Aufweichung des Energiekonsenses ab.

- Wir werden Deutschlands Rolle in Europa und in der Welt stärken. Als Friedensmacht – als gute Nachbarn nach innen und nach außen. Wir beugen uns nicht dem globalisierten Kapitalismus, sondern wollen ihn sozial gestalten.

Wir sind überzeugt: Auf Grundlage dieser Programmatik wird es uns gelingen die von der SPD enttäuschten Wählerinnen und Wähler zurück zu gewinnen und einen erfolgreichen Wahlkampf zu führen.

Seminare

Kommunal-Akademie

Die sozialdemokratische Kommunal-Akademie Schleswig-Holstein bereitet junge Menschen auf Führungsaufgaben in der Kommunalpolitik vor. Das Trainingskonzept kombiniert innovativ Sachinhalte und politische Orientierung. Das Seminar vermittelt die Fähigkeit, kommunalpolitisches Engagement als Handwerk auszuüben. Von den Teilnehmern wird hohe Lernbereitschaft und Leistungsfähigkeit gefordert. Sie müssen bereit sein, Verantwortung auf kommunaler Ebene zu übernehmen.

Termine 2005:

19. bis 21. August
16. bis 18. September
21. bis 23. Oktober
25. bis 27. November

Anmeldung: SPD-Landesverband, Elfriede Marx, 04 31/9 06 06-46, Elfriede.Marx@spd.de

Glückwünsche für Rosa Wallbaum



Zum 90. Geburtstag von Rosa Wallbaum gratulierten anlässlich eines festlichen Empfangs (von rechts) Kiels SPD-Kreisvorsitzender Rolf Fischer, Landtagsabgeordneter Jürgen Weber und Landesgeschäftsführer Christian Kröning. Die sehr gefragte Zeitzeugin, die ihren Vornamen nach Rosa Luxemburg erhielt, ist über 70 Jahre in der SPD, war lange Zeit Kieler Ratsfrau und ist heute noch engagiert bei den „Jusos 22“ und in der Arbeitsgemeinschaft SPD-60-plus. ■

Leserbrief zum Artikel „Minderheiten und Volksgruppen“, Ausgabe 5/2005

Der Kreisverband Kiel sollte sich hüten, eine Grundsatzklärung über Minderheiten und Volksgruppenpolitik zu verabschieden. Im Schleswig-Holsteinischen Landtag gab es darüber gerade ein Lehrstück. Das gerade beschlossene Recht des SSW, in diversen Ausschüssen mitzuarbeiten, wurde von der CDU/SPD-Regierung nach Aufnahme der Regierungsgeschäfte sofort und

umgehend abgeschafft, also auch von der SPD. Ein guter Start.

Karl-Heinz Nelles, Flensburg

Die Redaktion hat den Autor des Antrags auf dem Landesparteitag um eine Antwort gebeten. Hier seine Erklärung:

Die SPD in Schleswig-Holstein hat sich seit der Kieler Erklärung 1949 für Minderheiten- und Volksgruppenrechte stark gemacht, und zwar für alle traditionellen Minderheiten in Schleswig-Holstein. Gleiches gilt

für die deutsche Minderheit in Nord-schleswig. Weil es eine Änderung der Geschäftsordnung im Landtag gibt, über die man sich durchaus kritisch äußern kann, dürfen wir nicht auf minderheitenpolitische Erklärungen und auf Fortschritte in dieser Frage verzichten. Damit würden wir unserem Anspruch wirklich nicht gerecht.

Rolf Fischer, SPD-Kreisvorsitzender in Kiel und minderheitenpolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion ■

Termine

4. Juni, 10 Uhr

Außerordentlicher Kreisparteitag Pinneberg. Mit Innenminister Dr. Ralf Stegner, Dr. Brigitte Fronzek. „Hotel Rellinger Hof“, Rellingen.

Personale



Ralf Heßmann ist der neue Vorsitzende des SPD-Kreisverbands Nordfriesland. Der 42-jährige Berufssoldat ist Ortsvereinsvorsitzender und Bürgermeister der Gemeinde Hattstedt. Die Delegierten wählten ihn mit großer Mehrheit zum Nachfolger von **Ralph Hoyer**, der nicht wieder kandidierte. ■